

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Lukas Hammer, Freundinnen und Freunde

betreffend Fossile Ausbeutung im Amazonas stoppen!

BEGRÜNDUNG

Vom 9. bis 20. November 2026 findet in Antalya die 31. UN-Klimakonferenz (COP 31) statt. In dieser Zeit kommt die internationale Staatengemeinschaft wieder zusammen, um über Maßnahmen gegen die globale Erderhitzung zu diskutieren und dabei auf den Ergebnissen des Vorjahres aufzubauen. Vergangenes Jahr fand die Klimakonferenz in Belém, einer Stadt im brasilianischen Amazonasgebiets, statt. Auf Initiative von Brasilien wurde dort auch die „Tropical Forest Forever Facility (TFFF)“ ins Leben gerufen, ein Finanzierungsinstrument zum Schutz und zur Wiederherstellung tropischer Regenwälder. Ein von zahlreichen Staaten geforderter Fahrplan, der konkrete Schritte zum Ende der Entwaldung im Abschlusstext hätte festlegen sollen, scheiterte hingegen an einer Einigung.

In der öffentlichen und politischen Debatte wird die Regenwaldzerstörung, insbesondere des Amazonas, überwiegend mit Tropenholz, Futtermittelanbau oder Viehhaltung in Verbindung gebracht. Auch politische Regulierungen, wie die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR), die den Verkauf und Export von Produkten aus bestimmten Rohstoffen (wie z.B. Holz, Kakao, Kaffee, Soja) aus Entwaldungsgebieten beschränkt, setzen an dieser Stelle an. Die Rolle der fossilen Energiegewinnung als eigenständiger Treiber der Amazonaszerstörung ist demgegenüber in Europa kaum Gegenstand vergleichbarer politischer Initiativen. Und das obwohl die Gewinnung von Öl und Gas neben der Agrarwirtschaft eine der destruktivsten Bedrohungen für den Amazonas ist. Beinahe 20 Prozent des gesamten Amazonasgebiets sind für die Exploration und Ausbeutung von fossilen Energieträgern freigegeben oder vorgesehen.¹

Genau hier setzt eine von Parlamentarier:innen aus der Amazonasregion selbst entwickelte Initiative des internationalen Netzwerks „Parliamentarians for a Fossil-Free Future“ an. Seit 2024 haben Parlamentarier:innen aus den Amazonasstaaten im Rahmen dieses Netzwerks gemeinsam untersucht, welche Folgen die weitere Öl- und Gasförderung für den Amazonas hat und wie ein gerechter Ausstieg aus der fossilen Expansion gelingen kann. Dazu führten sie öffentliche Anhörungen mit indigenen Gemeinschaften, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Regierungsver-

¹ <https://www.sei.org/features/fossil-fuel-atlas-oil-gas-threats-amazon/>

treter:innen durch. Aus dieser gemeinsamen Arbeit entstanden auch konkrete parlamentarische Initiativen: Abgeordnete aus Brasilien, Kolumbien, Ecuador, Peru und Bolivien brachten koordinierte Gesetzesinitiativen ein, die neue fossile Förderprojekte in ihren jeweiligen Amazonasgebieten stoppen sollen. Die gemeinsame Arbeit mündete in den Bericht „Protecting Our Planet's Heart – Parliamentarians' Roadmap for a Fossil-Free Amazon“, der einen regional entwickelten Fahrplan für den Stopp der fossilen Expansion und einen gerechten Übergang vorlegt. Der vorliegende Antrag versteht sich ausdrücklich als Unterstützung und Verstärkung dieser parlamentarischen Initiative aus den Amazonasstaaten und soll ihre Anliegen auch in den österreichischen Nationalrat und auf die europäische Ebene tragen.

Denn der Bericht sowie aktuelle Entwicklungen zeigen eindrucklich, warum der Schutz des Amazonasgebiets integraler Bestandteil einer wirksamen Klima- und Umweltpolitik sein muss.

Bisher hat der Amazonas eine zentrale Rolle für die Stabilität des Erdsystems gespielt, nicht nur als Kohlenstoffsенke, sondern auch für den regionalen Wasserkreislauf und als Lebensraum artenreicher Ökosysteme. Die fortschreitende Abholzung bringt das System aber immer näher an eine kritische Schwelle. Ein Forschungsteam des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung veröffentlichte dazu erst kürzlich eine neue Studie, aus der hervorgeht, dass Abholzung den Amazonas deutlich anfälliger macht als bisher gedacht: Laut dem Forschungsteam könnten sich zwei Drittel des Amazonas-Regenwaldes bei einer globalen Erwärmung von 1,5 bis 1,9° C in stark geschwächten Regenwald oder savannenähnliche Ökosysteme verwandeln, wenn die Entwaldung auf etwa 22 bis 28 Prozent des Amazonasgebiets ansteigt. Ohne zusätzliche Abholzung würden solche großflächigen Veränderungen dagegen voraussichtlich erst bei deutlich höherer Erwärmung von etwa 3,7 bis 4° C auftreten.^{2;3}

Vor diesem Hintergrund ist es umso besorgniserregender, dass sich 68 % aller bestehenden Ölfördergebiete („Ölblöcke“) im Amazonasgebiet derzeit noch in Prüfung oder Ausschreibung befinden. Sogenannte Ölblöcke sind geografisch genau festgelegte Gebiete, die für die Exploration und Förderung von Erdöl freigegeben und parzelliert wurden. Diese Blöcke werden oft in Auktionen an staatliche oder private Energiekonzerne versteigert, die dann das Recht erhalten, dort Bohrungen durchzuführen. Würden Projekte in all diesen Gebieten umgesetzt werden, würde sich die derzeitige Förderfläche laut dem Bericht der Parlamentarier:innen mehr als verdoppeln. Das würde nicht nur die Treibhausgasemissionen regelrecht explodieren lassen, sondern die Förderung und damit auch die Entwaldung in äußerst arten-

² <https://www.pik-potsdam.de/de/aktuelles/nachrichten/abholzung-senkt-amazonas-stabilitaet-kritische-veraenderungen-schon-bei-unter-2degc-erwaermung-moeglich>

³ <https://www.nature.com/articles/s41586-026-10456-0>

reiche Gebiete ausweiten – mit weitreichenden Schäden für Indigene Gemeinschaften, die Biodiversität und das Erdklima.⁴

Die Initiative der Parlamentarier:innen aus der Amazonasregion beschränkt sich dabei nicht auf die Forderung nach einem Ende neuer fossiler Projekte. Sie verbindet den Schutz des Amazonas ausdrücklich mit einem gerechten Übergang, der die Rechte und die Selbstbestimmung der Menschen in der Region stärkt, wirtschaftliche Alternativen schafft und internationale Verantwortung einfordert. Die Roadmap fordert unter anderem:

- die Ausweisung des Amazonasgebiets als weltweit erstes Gebiet, in dem die Expansion für fossile Energien gestoppt wird,
- die Stärkung indigener Selbstverwaltung,
- den Ausbau dezentraler erneuerbarer Energieversorgung,
- internationale Kooperation, um die fossile Expansion im Amazonas zu stoppen sowie
- innovative Finanzlösungen bzw. finanzielle Anreize, die eine Förderung fossiler Energiequelle eindämmen.

Gerade die letzten beiden Punkte sind für die Rolle Europas und Österreichs von zentraler Bedeutung. Ein Stopp der fossilen Expansion im Amazonas darf nicht als einseitige Vorgabe an die Amazonasstaaten verstanden werden. Die Roadmap fordert vielmehr internationale Kooperation und Finanzierungsmechanismen, die es ermöglichen, fossile Ressourcen im Boden zu belassen und zugleich eine gerechte wirtschaftliche und energetische Transformation zu finanzieren. Das ist auch deshalb eine Frage europäischer Verantwortung, weil trotz der globalen Energiewende weiterhin Milliarden in fossile Investitionen fließen: Zehn Banken sind für 63 % der Ölfinanzierung im Amazonasgebiet verantwortlich – zwei Drittel dieser Finanzierung stammen aus Nordamerika und Europa. Auch österreichische Finanzinstitute investieren in fossile Energien, allen voran die Erste Group, die Raiffeisen Banking Group und die Vienna Insurance Group, die zusammen hinter 85 % sämtlicher fossiler Investitionen mit Ursprung in Österreich stehen.

Damit trägt auch der österreichische Finanzsektor eine Mitverantwortung für die globale fossile Expansion. Österreichische Banken sind zwar nicht direkt an fossilen Projekten im Amazonasgebiet beteiligt, verfügen aber über Investitionen in Unternehmen, die sehr wohl in die fossile Expansion in der Region involviert sind (darunter z.B. Shell oder TotalEnergies).⁵ Und auch bei der Erste Group und der RBI selbst zeigt sich insgesamt ein Aufwärtstrend in der Finanzierung von expandierenden fossilen Firmen: Bei der Erste Group ist dieser Anteil von 2022 bis

⁴ https://parlfossilfree.org/wp-content/uploads/2026/03/ExSum_ProtectingOurPlanetsHeartParliamentariansRoadmapForaFossil-FreeAmazon.pdf

⁵ https://www.urgewald.org/sites/default/files/media-files/AT%20Report_Erste_Raiffeisen_urgewald.pdf

2024 um 94 % gestiegen, bei der RBI um rund 68 %.⁶ Darüber hinaus bezieht Österreich beispielsweise auch Öl aus Guyana, ein von dichtem tropischem Regenwald bedecktes Land im Norden Südamerikas.

Insgesamt zeigt sich ein besorgniserregender Trend: Große Ölkonzerne setzen wieder vermehrt auf das klassische Öl- und Gasgeschäft und schrauben ihre eigenen Ziele zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen zurück. Sie zeigen damit, dass sie kein ernsthaftes Interesse an der Transformation haben. Ihr Geschäftsmodell besteht daraus, unseren Planeten auszubeuten. Auf Kosten von uns allen. Und damit verdienen sie Milliarden – gerade in Zeiten fossiler Energiekrisen.

Wer weiter in fossile Expansion investiert, stellt sich aktiv gegen die Klimaziele. Darüber hinaus erzeugt jedes neue fossile Projekt gefährliche Lock-In-Effekte und sprengt das verbleibende CO₂-Budget. Dem gilt es entschieden entgegenzutreten. Die COP 31 in Antalya bietet für Österreich eine wichtige Gelegenheit, die von Parlamentarier:innen und gesellschaftlichen Akteur:innen aus der Amazonasregion selbst entwickelten Initiativen politisch zu unterstützen. Österreich und die EU sollten dabei nicht nur Forderungen an die Amazonasstaaten richten, sondern ihren eigenen Beitrag leisten – durch internationale Kooperation, geeignete Finanzierungsinstrumente und Maßnahmen gegen die Finanzierung fossiler Expansion. So kann Österreich dazu beitragen, dass der Schutz des Amazonas auf Partnerschaft und Gegenseitigkeit statt auf einseitigen Vorgaben beruht.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft, wird aufgefordert,

- sich im Rahmen der COP 31 in Antalya sowie den vorbereitenden Verhandlungen auf EU-Ebene aktiv für die Anliegen der „Parliamentarians' Roadmap for a Fossil-Free Amazon“ und die darauf aufbauenden koordinierten Gesetzesinitiativen von Parlamentarier:innen in Brasilien, Kolumbien, Ecuador, Peru und Bolivien einzusetzen, insbesondere für ein Ende der Neuerschließung fossiler Vorkommen im Amazonasgebiet,
- den Beitritt Österreichs zum Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty zu prüfen und dem Nationalrat über das Ergebnis zu berichten,

⁶ <https://www.urgewald.org/presse/investing-climate-chaos-2026-groesste-fossile-investoren-weltweit-enthuehlt>

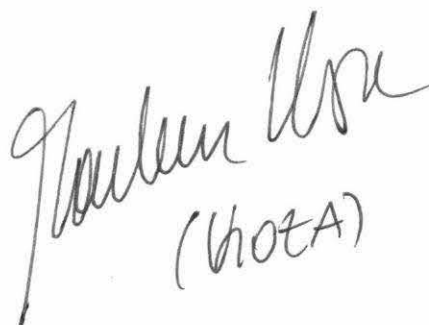
- dem Nationalrat einen Bericht darüber vorzulegen, in welchem Umfang österreichische Finanzinstitute Unternehmen mit fossiler Expansionstätigkeit finanzieren und Maßnahmen zu setzen, die eine solche Finanzierung eindämmen, sowie
- sich auf politischer und diplomatischer Ebene dafür einzusetzen, dass fossile Öl- und Gasgewinnung als Treiber der Amazonaszerstörung anerkannt und Maßnahmen dagegen in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit den Amazonasstaaten gesetzt werden; dabei sollen insbesondere von Parlamentarier:innen, indigenen Gemeinschaften und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen der Region entwickelte Initiativen unterstützt und internationale Finanzierungs- und Kooperationsinstrumente vorangetrieben werden, die einen gerechten Übergang weg von fossiler Energie ermöglichen.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Umweltausschuss vorgeschlagen.


(Nepel)


(Schuchsmayr)


(Mann)


(Hof)


(Hammer)

	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2026-10-14T19:52:43+02:00
Prüfinformation	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt. Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel	